



Niederschrift

33. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Dezember 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 3 der Tagesordnung: Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022/2023: Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde Vorlage: 2021/1401

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat oder Ausschuss

1. Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022/2023 sowie die Finanzplanung bis 2026 einschließlich der 1. Veränderungsliste und der während der Beratung am 7./8. Dezember 2021 beschlossenen Veränderungen, die in der 2. Veränderungsliste (Anlage) aufgeführt werden. Sämtliche Änderungen sind in den endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu übernehmen.
2. Der Gemeinderat beschließt aufgrund § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, S. 582, ber. S. 698) die Haushaltssatzung:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 wird festgesetzt:

| | Haushaltsjahr | Haushaltsjahr |
|--|----------------|----------------|
| | 2022 | 2023 |
| | Euro | Euro |
| 1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen | | |
| 1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von | 1.485.604.697 | 1.538.860.207 |
| 1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von | -1.545.211.556 | -1.588.426.635 |
| 1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus | -59.606.859 | -49.566.428 |

| | | | |
|--|--|----------------|----------------|
| | 1.1 und 1.2) von | | |
| 1.4 | Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von | 3.000.000 | 3.000.000 |
| 1.5 | Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von | -1.500.000 | -1.500.000 |
| 1.6 | Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von | 1.500.000 | 1.500.000 |
| 1.7 | Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo 1.3 und 1.6) von | -58.106.859 | -48.066.428 |
| 2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen | | | |
| 2.1 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | 1.463.269.964 | 1.518.838.414 |
| 2.2 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | -1.477.951.421 | -1.483.546.672 |
| 2.3 | Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von | -14.681.457 | 35.291.742 |
| 2.4 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von | 24.863.020 | 14.612.340 |
| 2.5 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von | -303.299.560 | -315.093.373 |
| 2.6 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von | -278.436.540 | -300.481.033 |
| 2.7 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von | -293.117.997 | -265.189.291 |
| 2.8 | Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 278.000.000 | 286.000.000 |
| 2.9 | Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | -18.415.670 | -21.110.350 |
| 2.10 | Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von | 259.584.330 | 264.889.650 |
| 2.11 | Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von | -33.533.667 | -299.641 |

| | Haushaltsjahr | Haushaltsjahr |
|--|---------------|---------------|
| | 2022 | 2023 |
| | Euro | Euro |

§ 2 Kreditermächtigung

| | | |
|--|-------------|-------------|
| Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie für die Ablösung von inneren Darlehen aus Mitteln, die für Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge von Altdeponien erwirtschaftet wurden (Kreditermächtigung), wird festgesetzt auf | 278.000.000 | 286.000.000 |
| davon für die Ablösung von inneren Darlehen auf | 0 | 0 |

§ 3 Verpflichtungsermächtigung

| | | |
|---|------------|------------|
| Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf | 98.731.000 | 68.423.000 |
|---|------------|------------|

§ 4 Kassenkredite

| | | |
|---|-------------|-------------|
| Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf | 300.000.000 | 300.000.000 |
|---|-------------|-------------|

§ 5 Steuersätze

Nachrichtlich: Hebesätze

Die Hebesätze sind in der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) wie folgt festgesetzt:

| Für die | 2022 | 2023 |
|--|-----------|-----------|
| 1. Grundsteuer | | |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 490 v. H. | 490 v. H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 490 v. H. | 490 v. H. |
| der Steuermessbeträge | | |
| 2. Gewerbesteuer | 450 v. H. | 450 v. H. |
| der Steuermessbeträge | | |

§ 6 Weitere Bestimmungen

Die örtlichen Wertgrenzen im Hinblick auf die Veranschlagung von Investitionen als Einzelvorhaben nach § 4 Abs. 4 Satz 4 GemHVO werden wie folgt festgesetzt (jeweils in Euro):

Hochbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):

ab 300.000

Begrünungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):

ab 250.000

Tiefbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):

ab 500.000

Kanalсанierungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen), die eine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen:

ab 500.000

Kanalсанierungsmaßnahmen, die keine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen, werden in einem Sammelansatz veranschlagt. Unabhängig von der Höhe des Gesamtaufwands werden Erschließungsmaßnahmen (Tiefbau- und Kanalbaumaßnahmen) in einem Sammelansatz veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Bei 26 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf:

Ich darf mich noch einmal bei allen Mitarbeiter*innen in der Verwaltung bedanken für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs und auch die ganze Vorbereitung bis zu den zwei Tagen der Haushaltssitzungen letzte Woche. Ich darf mich bei Ihnen für die konstruktive und kollegiale Sitzungsatmosphäre an unseren beiden Tagen in der Gartenhalle ganz herzlich bedanken. Jetzt sind alle Ihre Änderungen eingeflossen in diesen Satzungsbeschluss. Bei einigen mussten wir auch erst einmal ausrechnen, was das denn dann bedeutet, und so steht es jetzt auch drin. Ich möchte einfach nur anmerken, weil die Öffentlichkeit das vielleicht auch nicht so mitbekommen hat. Der Gemeinderat hat den Haushalt im Jahr 2022 um 3,9 Millionen Euro und im Jahr 2023 um 5,2 Millionen Euro verändert. Das ist einmal etwas weniger als 3 Promille und einmal etwas mehr als 3 Promille. Da merken Sie schon, dass das jetzt in einem überschaubaren Rahmen stattgefunden hat.

An Stellen wurden über die 30 Stellen hinaus, die wir dem Gemeinderat sowieso schon vorgeschlagen haben, einmal 9 Stellen plus eine Freiwilligenstelle und dann für das Jahr 2023 noch mal drei weitere Stellen zusätzlich hier eingepreist. Das vielleicht als das, was auch hinter den nackten Zahlen steht und als Ergebnis der Gemeinderatsberatungen.

Zur Würdigung würde ich dann am Ende der Diskussion kommen. Jetzt gehen wir in die Debatte über den Satzungsbeschluss.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Gerne noch mal eine Generaldebatte, nein, bitte, die hatten wir ja jetzt bereits mehrmals. Aber ich möchte die Chance schon nutzen, um noch einmal zu betonen, dass Karlsruhe eine sehr lebenswerte Stadt ist. Sehr geehrte Kolleg*innen, Sie hatten es auch beim vorigen TOP schon angesprochen, und dass wir genau diese lebenswerte Stadt auch in zukünftigen Generationen sichern wollen. Das macht dieser Haushalt in sehr großen Teilen. Auch wir möchten an dieser Stelle herzlichen Dank sagen an Sie alle, an die Stadtverwaltung und an Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, für die konstruktive Debatte letzte Woche. Es war für uns alle sehr zeit- und auch nervenintensiv. Für uns GRÜNE ist angesichts der Mehrheitsentscheidungen von letzter Woche eigentlich selbstverständlich, dass wir hier zustimmen werden. Die Unsicherheiten der Prognose über die Höhe der Einnahmen, aber auch die Unsicherheiten über die Höhe der Prognose über die Ausgaben ist wesentlich größer als diese 3 Promille, von denen der Herr Oberbürgermeister gerade gesprochen hat und die wir gemeinsam letzte Woche beschlossen haben.

Heute geht es aber um das große Ganze. Für uns GRÜNE ist es klar, dass wir uns verabschieden müssen von den alten Technologien und auch von den alten Denkmustern. Da müssen wir mutig bleiben, und da werden wir auch zuversichtlich bleiben. Das ist der Wendepunkt, für den wir uns alle gemeinsam hier stark machen sollten. Ausreichend Mittel für den Klimaschutz und ein lebenswertes Karlsruhe auch für die nachkommenden Generationen, das war für uns die Messlatte bei den diesjährigen Haushaltsberatungen. Da hat die Stadtverwaltung über die Veränderungsliste noch einmal wesentlich nachgebessert, und dass mit diesem Doppelhaushalt auch eine Steuererhöhung mit sich geht, ist für uns GRÜNE vertretbar. Das haben wir letzte Woche ausreichend debattiert.

Aber noch einmal, Karlsruhe macht sehr viel, um ein attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein. Karlsruhe macht sehr viel, um ein attraktiver Lebensmittelpunkt für uns alle zu sein. Und da nenne ich nur ein paar Beispiele: Kinderbetreuung, kulturelle Einrichtungen, ein guter ÖPNV. Wir hatten heute auch schon das Stichwort Standards. Wir haben hier super Standards in vielen Bereichen. Da werden wir uns fragen müssen, welche wir beibehalten wollen, welche wir ausbauen müssen und wollen, und von welchen wir uns in manchen Teilen auch verabschieden müssen. Aber das alles wird von der Bevölkerung aktuell, so wie es ist, gewollt und gefordert und auch von der Wirtschaft. Das muss auch irgendwie finanziert werden. Gerne gehen wir GRÜNE den Weg der Veränderung gemeinsam mit Ihnen weiter. Das Ganze ist ein Riesen-Change-Prozess, wenn man das so nennen will und dieser strukturelle Änderungsprozess hat schon begonnen, ist angelaufen. Aber er muss noch wesentlich mehr Veränderung bringen.

Herr Kollege Honné hat es auch schon angesprochen in TOP 2. Da brauchen wir die Transparenz und Ehrlichkeit, da brauchen wir das Engagement und den Ideenreichtum der städtischen Mitarbeiter*innen und die Kreativität unser Bürgermeister*innenbank.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, denn es ist relativ schwierig, immer dann zu reagieren. Natürlich leben wir in Karlsruhe in einer sehr lebenswerten Stadt. Ich bin hier geboren, es ist einfach traumhaft, hier zu leben, aber ich hätte auch gerne, dass es weiter so bleibt, und das sehe ich zurzeit nicht so. Ich muss ganz ehrlich sagen, die Rede vom Herrn Stadtrat Cramer war wirklich erbaulich, indem er sehr weltmännisch uns beim letzten Mal gesagt hat, dass es immer wieder so gut kommt. Das war in vielen Jahren so - da gebe ich ihm Recht -, es ist immer besser gekommen, als wir das gedacht haben. Aber ich denke, wir haben jetzt eine andere Zeit. Und nicht nur aufgrund von Corona haben wir eine andere Zeit, sondern irgendwo ist alles endlich und es wird nicht immer weiter ein Wachstum geben. Also müssen wir auch hier aufpassen.

Deswegen haben wir gerade in unserer Rede mehrfach angemahnt und gesagt, lasst uns konstruktiv zusammensitzen und zusammenarbeiten. Herr Bettendorf hat es vorhin gesagt, es muss eine ganz klare Aufgabenkritik und –reduzierung stattfinden. Es wurden überhaupt gar keine Vorschläge dahingehend angenommen. Es wird weiter erzählt, wie schön wir das alles haben, die Kinderbetreuung. Wir haben das super, das ist alles Klasse, ja, ich weiß es. Wir wollen es auch gerne so bewahren. Aber so, wie wir das jetzt machen, werden wir nicht weiterkommen. Strukturell ändern, Herr Honné, heißt nicht, neue Stellen schaffen. Wenn wir es eben richtig gerechnet haben - wir haben zwar jetzt in den Beratungen noch einmal 12 Stellen draufgesattelt -, aber insgesamt haben wir trotzdem wieder 50 Stellen neu geschaffen bei einem strukturellen Defizit, bei Personalkosten - wie es Herr Bettendorf vorhin gesagt hat -, die allein im Vorjahr schon über 16,8 Millionen Euro mehr sind. Wie soll das jemals besser werden? Also, es tut mir leid, ich will konstruktiv hier mitarbeiten, aber wir sehen das mittlerweile nicht so. Und dann kann man doch nicht einfach immer weiter sagen, wir finanzieren das nur durch Auflösung von Rückstellungen oder durch Steuererhöhungen. Natürlich kann man das auch durch Mehreinnahmen finanzieren. Aber ich denke, das ist nicht der richtige Weg.

Wenn man dann immer wieder die alte Leier der Großprojekte hinzieht, zum Beispiel die Stadthalle, die in dem Haushalt noch gar nicht mit dabei ist, Herr Honné, dann ist es auch nicht seriös. Sie wissen, das wird im Finanzhaushalt abgevespert, das ist eine andere Sache. Dass die Kredite hier mit reinfließen, das wissen wir natürlich. Aber so funktioniert es nicht. Der Kollege Kalmbach hat vorhin zurecht gesagt, wir müssen an die Benchmarks ran, wir müssen an die Standards ran. Wir müssen wirklich eine klare Aufgabenkritik machen und müssen auch versuchen, in Zukunft etwas zu verändern. Das hätten wir uns schon für diesen Haushalt gewünscht. Die Haushaltsberatungen in diesem Jahr sind dem absolut nicht gerecht geworden. Steuererhöhungen auf der Einnahmenseite und gleichzeitig neue Aufgaben und Stellen schaffen, anstatt umzustrukturieren, das ist nicht eine generationengerechte Finanzpolitik, Frau Kollegin.

Aus diesem Grund bleibt uns leider nichts anderes übrig, als diesen Haushalt in diesem Jahr leider abzulehnen. Aber, Herr Oberbürgermeister, ich kann Ihnen versichern, dass die CDU trotzdem weiter konstruktiv hier mitarbeiten und versuchen wird, zum Wohle der Stadt Karlsruhe in Zukunft das Schiff wieder in die richtige Richtung zu bekommen.

Stadträtin Melchien (SPD): In der von Ihnen schon zitierten Generaldebatte haben wir den Fokus für die SPD-Fraktion klargestellt. Für uns stand im Vordergrund, Verantwortung für einen genehmigungsfähigeren Haushalt zu tragen. Als SPD-Fraktion sind wir überzeugt, dass heute tatsächlich auch ein genehmigungsfähiger Haushalt vorliegt. Er reagiert auf die Herausforderungen der Zeit, setzt die richtigen Schwerpunkte und beinhaltet die notwendigen Beschlüsse.

Jetzt ist es an uns als Gemeinderat, als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger, tatsächlich die Gesamtentscheidung zu treffen. Der Schwerpunkt lag dabei für uns auf dem Bewahren und dem Sichern. Deswegen war uns auch insbesondere im sozialen Bereich die Dynamisierung, die die Verwaltung von sich aus auch vorgesehen hat, besonders wichtig. Wir können es uns auch in vielen anderen Bereichen als ein notwendiges oder auch sehr nützliches Instrument vorstellen, das auch dazu beiträgt, die Haushaltsberatung ein wenig zu entschlacken. Gerade auch in finanziell schwierigen Zeiten, wie sich jetzt gezeigt hat, kann es durchaus auch ein nützliches Instrument sein, das auch zur Reduktion von weiteren Anträgen geführt hat.

Darüber hinaus war es aber gut und richtig, in überschaubarer Weise sinnvolle Projekte zu ergänzen in den Haushaltsberatungen. Neu haben wir beispielsweise gemeinsam den Zuschuss für das Kulturzentrum der Schauenburgstraße beschlossen. Auch mit anderen kleineren Maßnahmen, kleineren Projekten, hatten wir als SPD-Fraktion Erfolg, beispielsweise dem Hitzeaktionsplan oder auch der Ausweitung der Jugendarbeit. Und auch als Gemeinderat haben wir gemeinsam an der einen oder anderen Stelle klargestellt, was wir weiterhin wollen, wie zum Beispiel zumindest das zweijährige Lichterfest. Der AfD haben wir auch ganz deutlich gesagt, was wir von ihren Versuchen - sie nennen es zu sparen - halten. Ich nenne es eher eine Zerstörung unserer Bemühung im Klimaschutz oder unserer Soziallandschaft, die wir uns mühsam gemeinschaftlich erarbeitet haben. Ich glaube, denen haben wir eine klare Absage erteilt. Der Spielraum war nicht groß.

Wir sind natürlich als Fraktion nicht glücklich, dass auch wir gescheitert sind mit Wünschen, beispielsweise den Gebühren für die Fachschulen. Das ist aber für uns natürlich kein Grund, den Haushalt jetzt abzulehnen. Wir sehen an dem einen oder anderen Punkt, an der einen oder anderen Stelle durchaus Bedarf, uns weiterhin für Ziele einzusetzen. Sie haben es angesprochen, die verhältnismäßig größere Ausweitung geht tatsächlich auf die Stellen zurück, neben den bereits vorgesehenen. Die sind aus unserer Sicht notwendig und auch richtig gewesen, zur Erfüllung unserer Aufgaben, zur großen Herausforderung des Klimaschutzes. Hier haben wir bewiesen durch die Beschlüsse, wie sehr wir die Priorität setzen, indem wir die Stellen für die Umsetzung der Gebäudestrategie eingestellt haben. Moderate Steuererhöhungen waren unumgänglich. Die Stabilität des Haushalts ist wichtig. Es ist unser sogenanntes Königsrecht, auch wenn der Begriff sicherlich ein Stück weit veraltet ist.

Als SPD-Fraktion werden wir dem Satzungsbeschluss heute geschlossen zustimmen. Mein herzlicher Dank geht auch an die Stadtverwaltung, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei.

Stadtrat Høyem (FDP): In Berlin regiert unsere neue Regierung, glücklicherweise mit Ausgangspunkt in der bürgerlichen Mitte. Das ist gut für Deutschland. In Karlsruhe herrscht seit zweieinhalb Jahren die rot-rot-grüne Mehrheit. Hier kann man erfahren, was passiert, wenn eine machtarrogante linke Mehrheit ohne Interesse an einem echten Dialog ihre ideologischen Wünsche durchführt. Das ist schade für Karlsruhe und eine Zumutung für unsere Karlsruher Bürger. Wir haben jetzt die halbe Mandatsperiode hinter uns. In meinen 17 Jahren in diesem Gemeinderat habe ich nicht so eine selbstbewusste Mehrheit erlebt, wie der Redakteur Wolfgang Voigt in den BNN heute in Verbindung mit der Gebührenexplosion beim Anwohnerparken schreibt. Ein ernüchterndes Beispiel für das abgehobene Walten einer politischen Elite, die von der Lebenswirklichkeit der Menschen meilenweit entfernt ist.

Genauso ist es mit unserem Haushalt. In der Abstimmung heute können wir sehen, wie abhängig unsere Stadt von der LINKE. geworden ist. Man fragt sich, wann die Medien diese Situation erkennen und analysieren. Der Haushalt ist von dieser linken Mehrheit nicht nur geprägt, sondern bestimmt. Wir haben unseren Bürgern, als einen Punkt, viel Belastung in der Mitte einer Corona-Zeit zugemutet. Wir haben trotz Klischees und bezahlbarer Wohnungen die Wohnungen mit Extrasteuern teurer gemacht. Den Arbeitsplätzen in unserer Wirtschaft werden mit Extrasteuern neue Schwierigkeiten zugemutet, in einer Corona-Zeit, wo wir alle neue Investitionen in Technologieoffenheit und Klimaschutz wünschen. Und die Verwaltung und Bürokratie explodiert mit so vielen neuen Stellen in der Administration, dass ich mich nicht erinnern kann, dass wir so einen Zuwachs früher gehabt haben.

Das Regierungspräsidium hat uns gewarnt, dass wir schon am Rande des Abgrundes stehen. Mit diesem Haushalt gehen wir einen Schritt weiter. Wir können dem nicht zustimmen.

Stadtrat Schnell (AfD): Der jetzt vorliegende Haushaltsplan ist auch nach den zweitägigen Beratungen letzte Woche alles anderes als nachhaltig. Auch wenn aufgrund der Veränderungsliste das ohnehin bereits geplante Defizit zunächst ein Stück weit verringert wurde, hat die Mehrheit des Gemeinderates diesen Einspareffekt durch weitere beschlossene Mehrausgaben in Teilen wieder zunichte gemacht. Die beim vorigen TOP und jetzt gerade wieder von Herrn Hofmann angemahnte Aufgabenkritik fand in den Beratungen, wenn überhaupt, nur in völlig unzureichender Weise statt. Viel schlimmer noch, durch zusätzliche Stellenschaffungen wurde die Hypothek finanzieller Belastung für den darauffolgenden Doppelhaushalt 2024/25 weiter aufgebläht. Den Einsparvorschlägen unserer Fraktion, die eine Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer überflüssig gemacht hätte, wollte der Gemeinderat nicht ansatzweise folgen. Hier kann man nur von einem kollektiven Haltungsschaden der etablierten Parteien sprechen. Frau Melchien hat es gerade noch einmal deutlich gemacht. Aber die Karlsruher Maßnahmen zum sogenannten Klimaschutz werden durch die Beschlüsse aus Paris, die es vielen Staaten weiterhin ermöglichen, den CO₂-Ausstoß weiter zu erhöhen, konterkariert. Stattdessen beschloss eine Mehrheit hier in Karlsruhe zusätzliche Belastung von Bürgern und Gewerbe, gepaart mit dem Rückgriff auf die Rücklagen der städtischen Gesellschaften.

Ich frage Sie daher, selbst wenn das Regierungspräsidium diesen jetzt zur Abstimmung stehenden Haushalt genehmigen sollte, wie sollen wir in den darauf folgenden Jahren jemals in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts kommen, wenn bei Ihnen nicht ansatzweise der Wille zur substanziellen Einsparung vorhanden ist? Wir lehnen dieses verantwortungslose Fahren auf Sicht, das jedwede finanzielle Weitsichtigkeit für zukünftige Jahre vermissen lässt, ab und werden dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Wir werden als LINKE. diesem Gesamthaushalt heute nicht zustimmen können, weil er aus unserer Sicht in wesentlichen Fragen die Interessen der Menschen in Karlsruhe nicht ausreichend berücksichtigt. Im Vorfeld der Haushaltsberatung wurden bereits viele Festlegungen in der Stadtverwaltung beziehungsweise auf der Ebene der Bürgermeister*innen getroffen, die den Gemeinderat ausgeschlossen und unsere Arbeit als Fraktion behindert haben. Im sozialen Bereich konnten die notwendigen Bedarfe von Einrichtungen für Projekte im Rahmen der sogenannten Sozialkonferenz nicht einmal vorgestellt und diskutiert werden. Die Folgen von Corona beispielsweise für Kinder und Jugendliche oder auch alte Menschen und die Frage, ob daraus besondere Hilfsangebote notwendig wären, wurden so ausgeblendet. Den Gemeinderät*innen wurde somit eine wichtige Plattform genommen, die sie als

Grundlage für eine Entscheidung über sinnvolle und notwendige Projekte hilfreich gefunden hätten.

Im Kulturbereich werden Organisationen insbesondere der freien Kulturarbeit weiter vertröstet. Eine Dynamisierung und Zuschüsse an die Kultureinrichtungen, die lediglich Kostensteigerungen ausgleichen sollten, wurden verschoben. Die Prekarisierung und die Unterbezahlung der Arbeit von Kulturschaffenden wird weiterhin geduldet. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es hier deutlich, Kultur, Soziales, das sind wichtige Standortfaktoren für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe. Diese sogenannten weichen Kriterien spielen für die meisten Unternehmen heute eine sehr wesentliche Rolle, und deshalb ist eine gute Ausstattung, gute Standards, für Karlsruhe lebensnotwendig. Ohne diese guten Standards hat Karlsruhe nicht mehr zu bieten als andere Städte. Wir sind darauf angewiesen, auf die Art und Weise unsere Wirtschaft zu fördern. Das ist in meinen Augen Wirtschaftsförderung, die allen dient.

Ich sage es einmal so, wir haben auch gute Sachen in diesem Haushalt drin. Die Ausstattung beim Umwelt- und Klimaschutz, im großen Umfang auch mit zusätzlichen Geldern und Stellen, ist lebensnotwendig für Karlsruhe. Die Einsicht in diese Notwendigkeit, das 1,5-Grad-Ziel jedoch bis 2035 zu erreichen, ist immer noch nicht vorhanden in der Mehrheit des Hauses. Die Mobilitätswende wird im vorliegenden Gesamthaushalt auch nicht konsequent genug angegangen. Der soziale Klimaschutz wurde nicht ausreichend berücksichtigt. Anträge, die Menschen mit kleinen Einkommen in den Blick genommen hätten, wurden abgelehnt. Trotz des offensichtlichen Debakels um steigende Ticketpreise und der Abschaffung von Mehrfach- und Stempelkarten bleibt dennoch die Stadt und der Gemeinderat beim Thema ÖPNV bei einem nutzerunfreundlichen Kurs.

Ich fasse zusammen, wir setzen uns als LINKE. für eine Politik ein, die mehr als bisher den Gemeinderat und die ganze Stadtgesellschaft in Zukunftsentscheidungen einbezieht und gerade in diesen drängenden sozialen Fragen viel stärker den Blick darauf richtet. Wir werden den Haushalt nicht ablehnen, sondern uns der Stimme enthalten, weil trotz aller Kritik an den vorgesehenen Investitionen und Stellenschaffungen für den Klimaschutz für eine gute Kitaversorgung und auch kleinen Verbesserungen für einzelne Projekte und Organisationen wir nicht entgegenstehen möchten.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Die Entscheidung über diesen Haushalt ist sicherlich nicht einfach. Ich glaube nicht, dass irgendein Stadtrat hier sich das leicht gemacht hat. Ich möchte jetzt aber bei allem Links- und Rechtsgezerre, das wir heute schon gehört haben, doch einmal das Augenmerk auf die Bürgerinnen und Bürger lenken, wie die die Sache hier betrachten. Die Bürgerinnen und Bürger sehen einfach, dass sie im Moment für alles mehr bezahlen müssen und mehr Ausgaben haben, sei es bei den Parkgebühren, beim Anwohnerparken, was wir nachher sicherlich noch diskutieren werden, oder seien es die Stromkosten. Noch nie wurde so viel beim Strom gespart, und noch nie haben die Bürgerinnen und Bürger so viel dafür bezahlt. Auf der anderen Seite sehen die Bürgerinnen und Bürger immer wieder die ausufernden Großbauprojekte und die Folgekosten. Sie sehen die Stellenschaffungen bei der Verwaltung. Sie sehen, was wir sonst noch so ausgeben.

Natürlich kann man das jetzt nicht immer so im direkten Zusammenhang sehen. Aber ich möchte Ihnen noch einmal vor Augen rufen, wie das unsere Bevölkerung sieht, und von denen sind wir letztendlich gewählt. Schulden an sich sind nichts Schlimmes, solange man sie in einem an-

gemessenen Zeitraum zurückführen kann. Aber wenn wir Schulden mit Schulden bezahlen müssen, dann wird es schlimm. Der momentane Haushalt ist sicherlich in dieser vorgelegten Weise genehmigungsfähig und hat auch einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Aber was uns Freie Wähler|FÜR Karlsruhe hier kolossal fehlt, ist die vorausschauende Finanzpolitik. Ich möchte Ihnen nicht persönlich einen Vorwurf machen. Sie haben sicherlich das Beste aus der aktuellen Situation gemacht. Dennoch erwarten wir von der Verwaltung Sparvorschläge, und zwar schon zum jetzigen Zeitpunkt, damit wir in zwei Jahren nicht sagen müssen, wir haben den Haushalt nach dem Prinzip Hoffnung verabschiedet. Letztendlich ist das, was wir momentan machen mit der Steuererhöhung und mit den Rücklagenaufösungen, nichts anderes als eine Oberflächenkosmetik. Das muss jedem hier bewusst sein.

Ich möchte Sie nochmals eindringlich bitten, natürlich bedient jeder irgendwo seine Klientel, sei das jetzt im kulturellen Bereich oder im Sportbereich oder im sozialen, da sind wir verpflichtet, da bedienen wir alle ganz klar, aber wir haben eine Verantwortung gegenüber den Gesamtbürgern. Die können das, was hier momentan passiert, nicht mehr verstehen. Uns Freien Wähler|FÜR Karlsruhe fehlt ganz klar in diesem Haushalt die richtungsweisende Änderung. Wir schippern mit unserem großen Tanker sehenden Auges auf den Eisberg zu. Aus diesen Gründen werden wir den Haushalt in dieser Form ablehnen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Im Gegensatz zu den Fraktionen auf der rechten Seite des Hauses möchte ich feststellen, dass der Haushalt absolut durch die Verwaltung geprägt ist und nicht, wie Sie uns jetzt weißmachen wollen und der Bevölkerung und der Öffentlichkeit, dass der Haushalt geprägt sei durch die Fraktionen, die auf der linken Seite des Hauses sitzen. Das muss einfach mal festgestellt werden. Wir haben für das Jahr 2022 circa 4 Millionen Euro bewegt, für Jahr 2023 circa 5 Millionen Euro bei einem Haushaltsvolumen von über 1.200 Millionen Euro. Ich denke - die Prozentzahl hatte Herr Oberbürgermeister genannt -, das ist absolut im Rahmen und ist auch absolut zulässig, dass die Fraktionen ihre Wünsche hier vortragen, zur Abstimmung stellen. Wenn es eine Mehrheit gibt, dann ist es auch absolut demokratisch richtig.

Der Herr Oberbürgermeister und die Frau Erste Bürgermeisterin haben aber auch gesagt letzte Woche, was es bedeuten würde, wenn der Haushalt hier keine Mehrheit findet. Das bedeutet nämlich, dass letztendlich aufgrund des jetzigen Haushaltes von 2020 weiter, ich nenne es mal so, gewurschtelt werden kann und muss. Alles das, was wir jetzt eingestellt und was wir auf den Weg gebracht haben - und da sind viele Dinge dabei, die auch Sie von der rechten Seite des Hauses wollen -, das alles wäre dann praktisch obsolet.

Meine Fraktion, das sage ich auch ganz offen, wir sind nicht mit allem zufrieden. Viele Dinge hätten wir uns anders vorgestellt. Ich nenne nur die Grundsteuer und andere Belastungen. Aber wir sind auch uns der Verantwortung bewusst. Wenn man jetzt zusammenzählt, wie viel Stimmen es gegen den Haushalt gibt und angekündigt, wer für den Haushalt stimmt, dann ist es eine sehr enge Sache. Meine Fraktion wird darum heute, obwohl wir nicht mit allem einverstanden sind, diesem Haushalt zustimmen, um eine doch noch ordentliche Mehrheit für den Haushalt zu bekommen und die Stadt nicht sozusagen ins Nirwana zu stürzen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich muss jetzt leider die zweite Runde einläuten. Sehr geehrte Kolleg*innen zu meiner linken Seite, ich muss jetzt schon sagen, dass ich enttäuscht bin. Wir haben letzte Woche mehrheitliche Entscheidungen getroffen. Die Debatten waren arbeitsin-

tensiv. Allein aus Respekt gegenüber unserer Arbeit, und da rede ich nicht von der Arbeit von uns GRÜNEN, sondern von uns allen hier, von uns 48 Stadträt*innen, und der Arbeit der Stadtverwaltung, bin ich einfach von einer Zustimmung ausgegangen. Dass Sie nun mehrheitlich ablehnen werden, finde ich, wie gesagt, enttäuschend. Dass Sie sich in diesem Haushalt hinter einem Sparzwang versteckt haben und sämtlichen Gestaltungswunsch aufgegeben haben, ist für uns unbegreiflich. Wo sind denn Ihre konkreten Sparvorschläge? Ich wiederhole mich an dieser Stelle. Von der Verwaltung vorgeschlagene und durchdachte Einnahmesteigerungen werden von Ihnen gerade abgelehnt.

Auch von meiner rechten Seite bin ich an der Stelle jetzt enttäuscht. Sie haben einige Akzente durchgebracht. Die Stadt Karlsruhe ist jetzt schon Spitze in so vielen Bereichen, in der Kultur und im Sozialen. Auch dieser Haushalt sichert diese guten Standards. Und da verstehe ich jetzt nicht, dass euer Nein kommt. Denn dieses Nein ist auch ein Nein zu den Millionen im Klimaschutz. Ich dachte schon, dass wir uns zumindest in diesem Bereich einig sind.

Aber zurück zur Zuversicht und zum Mut. Ich bin jetzt gespannt, wie diese Abstimmung ausgeht. Aber egal wie es ausgeht, sind wir zuversichtlich, bin ich zuversichtlich, dass die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen unserer Stadtverwaltung und dem Regierungspräsidium weitergeht und wir Lösungen finden werden.

Stadtrat Hofmann (CDU): Liebe Kollegin Fahringer, genau deswegen haben wir uns das auch nicht einfach gemacht. Wir haben gestern sehr lange diskutiert und gerungen, weil wir natürlich demokratische Entscheidungen akzeptieren. Aber es gilt auch, wie kommt so etwas draußen an. Es kann doch nicht sein, dass wir einerseits sagen, wir lehnen die Steuererhöhungen ab, andererseits wollen wir aber sparen und stimmen dann einem Haushalt zu, der fast nichts mehr von dem hat, was wir eigentlich langfristig haben wollen. Ich habe immer wieder betont, wir sind gerne bereit mitzuarbeiten, wir wollen es auch tun. Ich habe es auch vorhin gesagt, wir werden dies auch in Zukunft weiter tun. Wir werden die Entscheidungen auch akzeptieren. Aber es kann nicht sein, dass wir jetzt in eine Ecke gedrängt werden, dass wir irgendwas nicht akzeptieren wollen. Das ist einfach nicht so. Die Entscheidungen, die letzte Woche getroffen wurden, haben das einfach bedingt, dass wir in diese Richtung gehen müssen.

Und, lieber Kollege Cramer, Sie haben vollkommen Recht, dieser Haushalt ist in erster Linie durch die Verwaltung geprägt. Aber wenn Sie mir zugehört haben, ich habe, seit wir diesen Haushalt bekommen haben, immer wieder gesagt, warum fangen wir nicht früher an. Ich weiß es, ich sage es selbst gleich. Die Zeit hat nicht gereicht. Ich akzeptiere das auch. Aber ich hätte mir dann zumindest gewünscht, dass nicht noch zusätzlich aufgeladen wird - das haben wir gemacht, gegen unsere Stimmen -, und dass wir versuchen, nur durch Steuererhöhungen das Ganze zu kompensieren. Ich denke, das ist einfach der falsche Weg.

Wenn ich die Wortbeiträge von meiner sehr geschätzten Kollegin Melchien nehme, indem sie wirklich jedes Mal noch betont hat, was sie alles für die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich erreicht haben und was sie durchbekommen haben, dann sehe ich, Sie haben nicht verstanden, dass wir einfach Dinge reduzieren müssen und nicht noch zusätzliche aufsatteln. Glauben Sie allen Ernstes, uns ist es leicht gefallen, diese Gebührenerhöhungen abzulehnen? Das wollten wir genauso, aber wir haben einfach gesagt, wir können es uns zurzeit nicht leisten, die Gebühren für die Fachschulen zu erhöhen. Von daher ist es einfach schwierig. Von daher finde ich,

diese Diskussion jetzt, die Schuldzuweisung, das ist nicht der richtige Ort hier. Lassen Sie uns zusammen den nächsten Doppelhaushalt angehen.

Was ich vorhin vergessen habe, ich habe natürlich nicht - weil ich zu lange gesprochen hatte - dem Finanzdezernat und der Kämmerei gedankt für ihre Arbeit der Einbringung des Haushaltes.

Stadtrat Hock (FDP): Ich habe gut zugehört. Frau Kollegin Fahringer, ich muss Ihnen sagen, ich kann vieles von dem, was Sie gesagt haben, natürlich nicht teilen. Aber eines, Frau Fahringer, muss ich Ihnen schon zugutehalten. Sie, wie wir alle, werden spätestens in zwei Jahren an einer großen Wegschneise stehen, in den Abgrund oder auf den Weg, den wir dann nur zusammen begleiten und in die Zukunft führen können. Ich sage Ihnen voraus, denken Sie an meine Worte, es wird jetzt noch funktionieren. Aber ich sage Ihnen heute schon voraus, spätestens in zwei Jahren ist Schluss. Und dann wird Folgendes passieren, dann müssen wir zusammen, alle zusammen in eine Richtung ziehen. Sonst kriegen wir diesen Haushalt in den nächsten Jahren und in der Zukunft nicht mehr gestemmt.

Ich akzeptiere natürlich, was Kollege Cramer gesagt hat, absolut. Dafür schätze ich ihn zu sehr. Aber ich hätte schon erwartet, dass man, nach dem, was man letzte Woche zusammen in einer zweitägigen langen Sitzung beschlossen oder besser gesagt nicht beschlossen hat, dann auch die Schlüsse daraus zieht. Deshalb war ich jetzt doch überrascht, Kollege Cramer, dass Sie gesagt haben, Sie stimmen diesem Haushalt zu. Sie sind der Erfahrenste hier und Sie wissen genau, was die nächsten zwei Jahre auf uns zukommt.

Herr Oberbürgermeister, ich höre Ihnen immer sehr gut zu. Es geht auch immer darum, Mehrheit zu beschaffen und, Herr Oberbürgermeister, die Mehrheiten haben Sie beschafft.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Jetzt bin ich auch, muss ich sagen, doch ein wenig schockiert wegen der Redebeiträge, die ich gerade habe hören müssen. Frau Fahringer, Sie waren in der letzten Legislaturperiode nicht hier. Deswegen wissen Sie nicht, dass die GRÜNEN immer versucht haben, den Eindruck zu vermitteln, sie wollten sparen. Diesen Nimbus haben Sie jetzt beendet, das muss man festhalten. Dieses Jahr ist dieser Nimbus beendet, GRÜNE sparen nicht.

Herr Cramer hat in den vergangenen Haushaltsberatungen immer wieder betont und die Kollegen von seiner Fraktion auch, dass wir, die Gemeinderäte, das Königsrecht haben, wir beschließen den Haushalt. Das haben Sie in den vergangenen Debatten immer wieder betont. Heute erzählen Sie hier genau das Gegenteil. Heute erzählen Sie, es wäre ein Haushalt der Verwaltung und ziehen sich aus der Verantwortung. Das ist, finde ich, wirklich bemerkenswert, um nicht zu sagen enttäuschend. Denn wir als Gemeinderat haben die Verantwortung. Wir hatten die Möglichkeit, Sparanträge einzubringen. Wir als Fraktion haben es auch gemacht. Wir haben 70 Anträge zum Sparen eingebracht. Ich weiß, Sie verschanzen sich immer dahinter, dass Sie auf diese Art und Weise nicht sparen würden. Aber, und das richte ich jetzt an alle anderen Fraktionen, wo waren Ihre Sparanträge? Wo waren die Anträge, wo Sie hätten sparen wollen? Wir hätten darüber diskutieren und entsprechend abstimmen können, aber, muss ich sagen, weitgehend Fehlanzeige.

Und deswegen brauchen wir uns eigentlich insgesamt nicht wundern, dass wir jetzt an dieser Stelle sind, wo der Herr Oberbürgermeister die Mehrheiten beschafft hat. So wird es dann halt werden. Wir, und die Bürger unserer Stadt vor allem, werden die nächsten Jahre damit leben

müssen, dass wir es dieses Jahr nicht geschafft haben, die Kurve zu kriegen. Wir satteln ordentlich drauf die nächsten zwei Jahre, und es wird unsere Situation für die Zeit danach auf keinen Fall verbessern. Das sind Schulden, die wir den nächsten Generationen, unseren Kindern, hinterlassen. Das muss man wirklich festhalten. Deswegen bin ich insgesamt sehr enttäuscht.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Natürlich hat der Karlsruher Gemeinderat und überhaupt die Gemeinderäte im Land das Königsrecht. Dem habe ich nicht widersprochen. Ich habe nur auf das reagiert, was der Herr Kollege Høyem gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, dass der Haushalt geprägt sei durch die linke Seite des Hauses. Dem widerspreche ich. Der Haushalt ist geprägt durch die Verwaltung, das ist einfach so. Ich meine, Sie haben sowieso wieder übel, muss ich jetzt mal sagen, tief in die Kiste gegriffen, um alles, was links von Ihnen ist, zu diskreditieren. Aber gut, das ist man hier im Hause ein Stück weit gewohnt und ist nicht wirklich entscheidend.

Ich würde gerne einmal sehen, wenn dem Haushalt nicht zugestimmt wird, wenn er abgelehnt werden würde, wenn wir und meine Fraktion genauso unverantwortlich handeln würden und letztendlich die anderen zwei Fraktionen auch, so, wie die rechte Seite des Hauses. Was wäre dann? Ein Heulen und ein Zähneklappern wäre bei Ihnen. Dann möchte ich einmal sehen, wie Sie dann herauskommen aus Ihrem Sumpf, aus Ihrer Ecke, wie Sie gesagt haben.

Herr Hofmann. Sie werden nicht in eine Ecke gestellt, sondern Sie begeben sich freiwillig ins Abseits. Sie begeben sich, und mit Ihnen alle Fraktionen drüben, ins Abseits. Dann wollen Sie uns hier verkaufen, dass Sie die sind, die wirklich in der richtigen Verantwortung für die Stadt sind. Das sind Sie nicht. Ich habe es schon am Dienstag letzte Woche gesagt, verantwortungsvoll war auch schon bei dem letzten Ein-Jahres-Haushalt die linke Seite des Hauses. Wir waren die Verantwortungsvollen. Sie ziehen sich zurück und sagen, wir haben keine Mehrheit für das und das gekriegt und das lehnen wir ab, und deswegen lehnen wir den ganzen Haushalt ab. So kann es nicht wirklich funktionieren und zu sagen, der Herr Oberbürgermeister hat sich eine Mehrheit organisiert. Er muss in jeder Sitzung für jeden Antrag schauen, ob er eine Mehrheit bekommt. Also, das sozusagen negativ dann zu benennen, ist natürlich auch ein Punkt. Da merkt man, dass das, wie Sie argumentieren, irgendwo sehr weit hergeholt ist.

Also noch einmal, meine Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, auch, wie gesagt, Herr Kollege Hock, wenn da Dinge drin sind, die wir nicht für richtig finden. Gerade mein Kollege Haug und ich, wir sind gegen die Gewerbesteuer. Aber deswegen lassen wir nicht den ganzen Haushalt platzen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich wollte auch nur noch einmal klarstellen, wir werden uns enthalten, und zwar mit sehr viel Verantwortungsbewusstsein, weil wir genau diesen Haushalt nicht blockieren wollen, weil wir nicht wollen, dass Projekte im Klimaschutz, im sozialen Bereich oder auch in der Kultur verhindert werden. Wir wollen, dass Karlsruhe weitermachen kann, und zwar nach vorne orientiert. Allerdings sehen wir diverse, sehr massive Kritik, insbesondere auch im Bereich des Personals. Auf der einen Seite wird kritisiert, es gibt einen Stellenaufwuchs. Natürlich, den brauchen wir auch, sonst können wir all diese wichtigen Zukunftsthemen gar nicht angehen, wenn wir nicht Menschen beschäftigen, die damit auch umgehen können, die das auch bewältigen werden. Und trotzdem sehen wir das Problem, dass in anderen Bereichen der Stadtverwaltung abgebaut werden soll. Karlsruhe ist eine wachsende Stadt, die immer weiterwachsen soll, wenn es nach Ihnen geht. Es werden mehr Menschen, die betreut werden sollen,

für die die Stadtverwaltung den Service stellen soll, für die alles Mögliche gewährleistet werden muss, damit Karlsruhe diese interessante Stadt ist für Firmen, für Menschen, für all die, die zu uns noch kommen wollen und in Karlsruhe leben wollen. Das muss gewährleistet werden, und das müssen natürlich auch die anderen Abteilungen in der Stadtverwaltung gewährleisten, Betreuung, Pflege. All das, was an Serviceleistungen erbracht werden soll, muss von den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung gewährleistet werden. Deshalb muss ich mit diesem Personal pfleglich umgehen.

Es wurden aber wichtige Dinge abgelehnt, die wir für notwendig halten, um auch tatsächlich dem Nachwuchs, den wir dringend brauchen, genug Perspektive zu stellen. All das fehlt uns. Deshalb enthalten wir uns und stimmen nicht dagegen, weil wir uns nicht dagegen wenden wollen, dass hier weitergearbeitet werden kann. Auch wir wünschen uns, dass wir für den nächsten Haushalt tatsächlich gleich nach Beschluss dieses Haushalts anfangen und Vorschläge erarbeiten, wie soll es langfristig weitergehen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir auf dieser Seite sitzen gerade im Sumpf. Aber ich würde sagen, es geht darum, dass wir Sprache und Respekt voneinander haben in unserer Unterschiedlichkeit der Betrachtung. Wir betrachten es tatsächlich grundsätzlich anders als jetzt der Lüppo Cramer zum Beispiel. Wir betrachten es tatsächlich so, dass unser Haushalt nicht in diesem Jahr in Schieflage gekommen ist, sondern das war absehbar. Es war schon über zwei, drei Haushalte absehbar. Deswegen ist es nicht die aktuelle so kurzfristig entstandene Situation, sondern die hat sich jetzt ergeben. Wenn ich schaue, mittelfristig bis 2026 werden wir 231 Millionen Euro an Krediten aufnehmen, immer 200 bis 300 Millionen Euro, in dem Bereich, jedes Jahr. Das muss man sich einmal vorstellen. Da kann ich einfach nicht ruhig bleiben, es tut mir leid. Ich kann da nicht ruhig bleiben. Das besorgt mich und da kann ich nicht sagen, das kriegen wir schon irgendwie hin. Ich habe auch noch keinen Plan gesehen, wann der Berg der Verschuldung irgendwie ein bisschen rückgeführt wird.

Deswegen geht es jetzt nicht um eine Betrachtung. Ich bin absolut für die Klimaschutzmaßnahmen, die im Haushalt drin sind. Ich bin für vieles, aber ich sage trotzdem, die Gesamtbetrachtung dessen, was wir jetzt verabschieden, können wir als Fraktion nicht nachvollziehen, zumal uns die Perspektive der Rückzahlung nicht gegeben wird. Die wird uns nicht gegeben, und deswegen ist es uns nicht möglich. Wie gesagt, ich behaupte mal, wir sagen klares Nein, aber wir sagen, wir werden konstruktiv mitarbeiten, trotzdem dass Sie mir das nicht glauben, dass das gelingt und dass wir nicht weiter abgehängt sind, dass wir einen positiven, konstruktiven Weg zusammen gehen.

(Stadtrat Cramer, KAL/Die PARTEI: Sagen Sie doch einfach einmal, was passieren soll, wenn der Haushalt abgelehnt wird!)

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte jetzt noch einmal einen Schritt zurücktreten in dieser Debatte und über das Funktionieren eines Gemeinderates kurz sprechen. Das ist ein Gremium, das auf Kooperation und Kompromiss angelegt ist, auch wenn ich hier schon etwas komische Bemerkungen und Rufe höre. Das ist das Grundwesen eines Gemeinderates in Baden-Württemberg. Es gibt hier keine Koalitionsregierung, die dann einen Haushalt verabschiedet und auch verantwortlich ist dafür, sondern, wir haben hier wechselnde Mehrheiten. Wir hatten auch wechselnde Mehrheiten in den Haushaltsberatungen vergangene Woche. Hier hat niemand alles bekommen, was er oder sie haben wollte. Und deswegen bin ich und sind auch wir

der Einschätzung, dass wir diesem Wesen des Gemeinderates auch weiter dienen sollten, und dass wir auch dann am Schluss gemeinsam diesen Kompromiss, der sich entwickelt hat in der vergangenen Woche, mittragen sollten. Ich schaue ein wenig weiter hinüber über den Atlantik. Wenn wir auf den amerikanischen Kongress gucken, der hat zwar zwei ganz klare Parteien, ist in seiner Funktionsweise aber sehr stark darauf angewiesen, dass dort Kooperation stattfindet, weil es da sehr viele Prozentdualregeln gibt, die eine Minderheit verhindern oder es möglich machen zu verhindern, dass Gesetzesvorhaben verabschiedet werden können. Das hat dort sehr lange sehr gut funktioniert. Aber wir können in den letzten 10, 20 Jahren beobachten, dass in einem Gremium, das den Grundgeist seiner Schaffung verlassen hat, ein Funktionieren immer weniger möglich ist. Das können wir hier im Gemeinderat heute noch nicht beobachten, aber ich sehe hier erste Tendenzen dazu, dass auf einmal gearbeitet wird, als hätten wir hier harte Koalitionen, die verantwortlich sind und andere, die in die reine Opposition gehen. Das ist nicht das Wesen eines Gemeinderates in Baden-Württemberg und deswegen appelliere ich an Sie, die jetzt klar gesagt haben, sie wollen nicht diesen Haushalt in seiner Gesamtheit mittragen, das zu überdenken, um auch diesem Wesen unseres Gemeinderates gerecht zu werden.

Stadtrat Pfankuch (CDU): Ich nehme jetzt die grundsätzlichen staatstheoretischen Überlegungen gerne zur Kenntnis, aber wir haben eine Gemeindeordnung. Unser Stadtrat ist eingebettet in dieselbe, und wir sollten nicht anfangen, in Parlamentarismus zu verfallen. Die Hinweise von jungen Kollegen mögen nicht schlechter sein als die von Jahrzehnte alten Kollegen, aber trotzdem, das ist jetzt hier nicht der richtige Ort. Ich will auch niemanden belehren über die politische Bedeutungslosigkeit einer Enthaltung. Was Sie uns erklären, Frau Binder, ist hanebüchen. Aber natürlich, in aller Not muss man sich auch einmal enthalten können. Nur eines wird Ihnen nicht erspart werden, die ganz, ganz bittere Diskussion in der nächsten Zeit, wo all die Positionen, die Sie so verteidigen, wirklich fallen müssen, wenn wir irgendwie wieder zurück zur klaren Linie für diesen Haushalt kommen wollen.

Und jetzt noch was, Herr Cramer, es ist schon begeisterungsfähig, wie flexibel Sie sind. Ich habe ein schlechtes Gedächtnis, aber was Sie so eindrucksvoll am letzten Mittwoch uns eingehämmert haben über Ihre klare Haltung zu bestimmten Fragen, das habe ich nicht vergessen. Das werfen Sie jetzt über den Haufen und verbinden das populistisch mit dem Eindruck, den Sie versuchen zu vermitteln, dass Sie den Haushalt retten müssen, diese Stadt, und staatstragend auch agieren müssen. Das ist so etwas von abwegig, das habe ich schon lange nicht mehr in der Art und Weise gehört.

Aber eines möchte ich Ihnen allen klarmachen, Sie haben am Anfang gelächelt, liebe GRÜNE, dass wir zu Beginn der Sitzung der Beratungen über den Doppelhaushalt eine so geartete Generaldebatte führen wollten und geführt haben. Wir haben Ihnen genau gesagt, was unsere Bedingungen an Kautelen unserer politischen Haltung, jedenfalls als CDU-Fraktion, ist. Aber ich habe den Eindruck, mehrere andere Fraktionen haben das in gleicher Weise verstanden. Unser Fahrplan war klar, und Sie haben genau gewusst, wo Sie hingehen, wenn Sie gleichwohl Beschlüsse fassen, die wir nicht akzeptieren können aus guten Gründen. Deshalb lasse ich es nicht zu, für meine Fraktion jedenfalls nicht, dass Sie hier den Schwarzen Peter uns zuschieben. Wir haben eine klare Haltung, bis zum Schluss, bis heute.

Stadträtin Melchien (SPD): Ein Stück weit sucht man sich es heute auch aus, welche Rolle man einnimmt. Ich muss vielleicht vorweg noch einmal sagen, so unversöhnlich, wie das heute wirkt, sind wir in der Regel Gott sei Dank in der Sacharbeit nicht. Da arbeiten wir gut zusammen. Da

bin ich auch ganz positiv, dass wir, wenn wir diesen Punkt, der jetzt wirklich sehr unversöhnlich wirkt, hinter uns lassen, gemeinsam tatsächlich die Diskussion führen können, die wir nur gemeinsam gewinnen können, die Frage, über welche Standards wir reden können, welche Standards uns so wichtig sind, dass wir sagen, in dem Bereich wollen wir Spitzenklasse sein. Das funktioniert nur zusammen. Nur wenn wir zusammenarbeiten, dann werden wir den Haushalt langfristig stabilisieren. Deswegen hoffe ich schwer, dass wir nach dieser Debatte, die schon unangenehme Züge annimmt, dann wieder zu einer ganz konstruktiven Sacharbeit zurückkommen.

Sie haben ganz oft gefragt, warum haben wir keine Kürzungsanträge im Haushalt gestellt, warum haben wir nichts maßgeblich verhindert. Wir haben uns sehr frühzeitig verständigt, dass wir für diesen Haushalt ein zielgerichtetes Zehn-Punkte-Programm beschließen. An das haben wir uns gehalten als SPD-Fraktion. Hier sind wir konsequent geblieben. Auf der anderen Seite aber, der AfD, mir wird es wirklich leid, Ihnen zu erklären, dass Ihre Anträge keine Sparanträge waren. Das war völlig widersinnig, es war das Gegenteil einer konstruktiven Mitarbeit. Deswegen werde ich darauf gar nicht weiter eingehen. Wir haben, Herr Hofmann, noch einmal auf Ihren Einwand, tatsächlich sehr moderat und verantwortungsvoll gesteuert. Das ist unsere Aufgabe, das ist unser Recht und das nehmen wir auch, dieses Recht. Ich bin insgesamt optimistisch, sehe vieles nicht ganz so negativ, wie es heute formuliert wurde. Dennoch nehmen wir natürlich diese Verantwortung, die uns obliegt in den kommenden Jahren, sehr ernst. Ich finde es bedauerlich, wie Sie sich entschieden haben, aber das haben wir jetzt miteinander geklärt. Jetzt treffen wir diesen Beschluss. Mehrheitlich wird er zum Glück durchgehen. Ich bin sehr dankbar über die Worte von Herrn Cramer, kann mich bei ganz vielen hier anschließen. Es ist konsequent zu sagen, auch wenn ich in der Sache verliere in einzelnen Aspekten, nehme ich nicht den Gesamthaushalt in Gefahr. Und da bin ich froh darum, dass wir zumindest eine Mehrheit haben, die das auch so sieht.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich finde es gar nicht so schlimm alles. Ich denke immer, immer ran, immer ran. Ich kann das alles wegstecken. Und ich gebe Ihnen Recht, Herr Pfannkuch, wir sind kein Parlament. Aber das ist genau das, was der Herr Kollege Dr. Cremer mit seiner Aussage gesagt hat. Er hat sich auf die Gemeindeordnung bezogen. Ich möchte nur einen Aspekt, einen ganz wichtigen Aspekt aus der Gemeindeordnung zitieren, das ist nämlich der, dass die Gemeinderäte ein Kollegialgremium sind. Das heißt, wir sind alles Kollegen, wir müssen alles miteinander auskaspern, sage ich jetzt mal etwas despektierlich. Wir haben kein Parlament, wo oben die Regierung sitzt, und dann gibt es eine Regierungsmehrheit. Das ist es eben nicht. Der Gemeinderat ist ein Kollegialgremium. So wird auch immer gearbeitet die ganzen Jahre, ich kenne das gar nicht anders. Natürlich, es gibt wechselnde Mehrheiten, aber wir sind alles Kollegen und arbeiten kollegial zusammen. So sehe ich das auch für mich und meine Fraktion und wie wir abstimmen. Das ist einfach so.

Stadtrat Schnell (AfD): Ebenso wie der Herr Cramer möchte ich auch noch einmal kurz auf die Worte von Herrn Dr. Cremer eingehen, der hier Gemeinsamkeit beschwor. Ich habe das sehr wohl vernommen. Nur, wenn ich jetzt an die Worte von Sandra Detzer denke, die ganz klar gesagt hat, wo wir an die Macht kommen, wird nicht mehr verhandelt, dann habe ich schon den Eindruck, dass seitens der GRÜNEN dieses Gemeinsame aufgekündigt wird.

Der Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar Bemerkungen von mir. Wir haben einen Haushalt vorgelegt. Ich habe jetzt Kritik gehört, dass wir in dem Haushalt noch

nicht umsteuern. Ich habe Ihnen mehrfach erklärt, dass wir in diesem Haushalt als Verwaltung umgesteuert haben. Wir haben viele Sachkostenbudgets, die noch nicht festgelegt sind, teilweise um bis zu 20 Prozent gekürzt. Wir haben eine dreiprozentige Personalkostensteigerung, die wir aufgrund der Kostensteigerung im Personalwesen eigentlich bräuchten, eingefroren. Bei über 6.000 Personen bedeutet ein dreiprozentiger Nichtvollzug einer notwendigen Steigerung umgekehrt, dass für mindestens 180 Personen kein Geld mehr vorhanden sein wird in den nächsten Jahren. Und das ist genau das Umsteuern. Wir haben genau das nicht gemacht, was Sie alle nicht wollen und was wir auch nach der letzten Haushaltsstabilisierungsrunde nicht wollten, dass wir nämlich wieder anfangen, prozentual an den Zuschüssen für Sozialbereich, für Kulturbereich und vieles mehr zu kürzen, sondern, wir haben unsere Aufgabe angenommen, Herr Stadtrat Hofmann, dass wir intern versuchen müssen, mit weniger Personal und weniger Aufwand trotzdem die Beschlüsse von Ihnen und auch die Erwartungen der Bevölkerung umzusetzen. Deswegen können Sie sagen, Sie können diesen Haushalt nicht mittragen, weil er Ihnen noch nicht weit genug geht. Aber Sie können uns nicht vorwerfen, wir hätten hier nicht das Ruder herumgerissen.

Wir haben es aber nicht gemacht, indem wir, und da widerspreche ich Ihnen, Frau Stadträtin Binder, genau nicht im Sozialbereich gekürzt haben. Wir haben nicht im Kulturbereich gekürzt, im Gegenteil. Und deswegen kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, wo Ihre Argumentationslinie an der Stelle ist. Wir haben festgestellt, dass wir im Vergleich zu anderen Städten eine der niedrigsten Segregation haben in unserer Gesellschaft, also der Spaltung der Gesellschaft. Das können Sie im Segregationsatlas der Bundesrepublik Deutschland nachlesen. Wir haben viele Auswirkungen - Gewalt in der Familie, Gewalt gegen Kinder, verlorene Familie -, die wir aus Corona aus anderen Städten kennen, in dem Maße oder zum Teil gar nicht hier in Karlsruhe gehabt. Das wurde uns auch von Externen bescheinigt, weil wir ein herausragendes System an sozialen Trägern und Verantwortlichkeit haben. Wir haben ein herausragendes System kultureller Angebote und vieles mehr.

Wer, Herr Stadtrat Hofmann, sagt, es gibt einen Punkt, und wenn ich an diesem einen Punkt nicht Recht bekomme in den Haushaltsberatungen, dann lehne ich den Haushalt ab...

(Zuruf)

- Nein, Herr Pfannkuch hat es so dargestellt, Sie haben gesagt, das haben wir angekündigt, wenn es an diesem Punkt dazu kommt, dann machen wir nicht mit.

Das ist nicht demokratiefähig, meine Damen und Herren. Wir müssen für die Dinge, die uns wichtig sind, kämpfen. Aber wir können es nicht an einem Punkt festmachen. Das kann ich im Bundestag machen, wenn ich Opposition und Regierung bin, das ist okay, aber das kann ich in diesem Gremium mit der Herausforderung nicht haben.

Und Sie haben Recht, Herr Cramer, 99,7 Prozent dessen, was Sie heute zur Entscheidung auf den Tisch legen, hat die Verwaltung Ihnen vorgelegt, aber von diesen 99,7 Prozent sind mindestens 99,5 Prozent Beschlüsse des Gemeinderats, über Personal, über Kombilösung, über Mes-
severlegung, über alle anderen Großprojekte, Festhalle, Staatstheater, vieles mehr. Das heißt, wir haben hier eine angeblich linke Mehrheit, die Sie übrigens durch Ihr Abstimmungsverhalten selber hervorrufen, die die Projekte weiterführt, die Sie selber alle in den letzten 40, 50 Jahren

mitbeschlossen haben. Das ist schon eine absurde Situation, und das müssen Sie sich hier erklären lassen.

Wenn ich mir jetzt die großen Vorschläge anschau, die diesen Haushalt noch weitergehend verändert hätten, sehe ich drei große Vorschläge. Der eine Vorschlag ist, wir verzichten auf die Steuererhöhung. Damit hätten wir diesen Haushalt in die Nichtgenehmigungsfähigkeit geführt. Ich bin gottfroh, dass wir hier eine Mehrheit haben, die das verhindert hat. Der zweite Vorschlag war, wir reduzieren bei den Klimaprojekten. Da bin ich gottfroh, dass der Gemeinderat noch weiß, was er hier einmal beschlossen hat als Klimaschutzkonzept, und dass er in überwiegender Mehrheit auch durch Sie all das mitbeschlossen hat. Nur, all das wird, wenn wir keine Mehrheit für diesen Haushalt bekommen, ab 1. Januar nicht umgesetzt werden. Wir werden auch die 20 Stellen nicht besetzen können, die wir für die Kindertagesstätten brauchen, die wir in nächster Zeit eröffnen wollen. Alles Gejammer von Ihnen über mangelnde Kinderversorgung, mangelnden Klimaschutz und, und, und, wird alles stecken bleiben, wenn wir hier keine Mehrheit zusammenkriegen. Deswegen bin ich gottfroh, dass jemand wie der Herr Stadtrat Cramer da ist, der genau weiß, was eigentlich Verantwortung in diesem Gremium bedeutet.

Das dritte große Vorschlag war, dass man jetzt eine bestimmte Zielgruppe in dieser Stadt herauswählt und für die alle Projekte streicht. Auch da bin ich sehr froh, die Zielgruppe definiert sich durch Steuerzahler auf der einen Seite, Fremde auf der anderen Seite, Menschen unabhängig ihrer Abstammung, Menschen abhängig von ihrer Abstammung. Auch da bin ich gottfroh, dass es hier eine große Mehrheit gibt, die genau weiß, wie bei uns die Werte und wie bei uns auch der Anspruch aller Menschen sind, dass sie die Unterstützung in dieser Stadt kriegen, egal wo sie herkommen, egal welcher Abstammung sie sind, egal ob sie Steuern zahlen oder nicht, und vor allem egal wie lang sie hier bleiben, dass sie alle den Anspruch haben, hier Anschluss zu finden, gefördert zu werden und individuelle Defizite aus ihrer Lebenssituation ausgeglichen kriegen. Und wenn Sie das alles sehen, die großen Einsparvorschläge haben Sie alle mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Den einzigen Vorschlag, einer der wenigen Vorschläge den Sie Sie mitgemacht haben, da bin ich total dankbar, nein, Sie haben es abgelehnt. Sie haben es abgelehnt, dass wir in die soziale Struktur eingreifen und dafür bin ich Ihnen dankbar. So habe ich das verstanden, mehr habe ich nicht gemeint, Herr Hofmann. Wir haben eine große Stabilität bewiesen, das fortzusetzen, was in den letzten 40, 50 Jahren hier aufgebaut wurde. Das betrifft Großprojekte, das betrifft Sozialstruktur, das betrifft kulturelle Landschaft. Wir haben eine große Mehrheit bewiesen, dass wir den Haushalt genehmigungsfähig halten wollen. Deswegen sind die Kürzungsvorschläge auch abgelehnt worden von einer großen Mehrheit, die uns an der Stelle Schwierigkeiten gemacht hätten.

Wir haben letztlich einen Haushalt vorgelegt, der innerhalb der Verwaltung das Steuerrad rumreißt. Ich hätte Sie mal erleben wollen, wenn wir Ihnen einen Vorschlag gemacht hätten, wir sparen 180 Stellen ein. Dann hätten Sie mir gesagt: Sagen Sie genau, wo die Stellen sind, dann können wir dem zustimmen oder nicht. So funktioniert Sparpolitik nicht. Wir müssen intern unsere Aufgaben tun. In dem Moment, wo es an Standards und an Projekte rangeht, die Sie beschlossen haben, müssen wir mit Ihnen in die Diskussion eintreten. Das muss das nächste Jahr passieren. Aber Sie wissen genau, dass in diesen Zeiten das in dem letzten Jahr so nicht möglich war und manche Idee aus den letzten Monaten. Wir sollen Ihnen doch zehn Kürzungsvorschläge vorlegen und dann suchen Sie sich fünf aus, so, meine Damen und Herren, können wir das nicht hinkriegen, denn dann wissen wir genau, dass diese fünf dann wieder sagen, warum wir fünf und nicht die anderen fünf. Ich will gar nicht ausmalen, was das für die Stadtge-

sellschaft bedeuten würde. Insofern kann ich nur dafür werben, dass wir in der Sache hart und in den Haushaltsberatungen manchmal vielleicht mit einer gewissen Brutalität für unsere Meinung eintreten, dass wir am Ende aber feststellen, es hat hier keine linke Mehrheit in diesem Haushalt so draufgesattelt, dass wir damit in Schwierigkeiten kommen. Es hat eine Mehrheit gegeben, das Wertesystem in dieser Stadt und die Fürsorge und auch die Verantwortlichkeit allen Menschen in dieser Stadt gegenüber auszuhebeln. Es hat eine Mehrheit dafür gegeben, dass wir diese Steuererhöhung brauchen, weil wir sonst nicht genehmigungsfähig werden können. Das kann man im Einzelfall anders bewerten, aber es ist so.

Jetzt haben wir hier einen zu 99,7 Prozent aus dem, was Sie in den vorherigen Generationen entschieden haben, getroffenen Haushalt auf dem Tisch liegen. Wir haben alle Ihre Vorschläge, Herr Stadtrat Hofmann, gerne aufgenommen. Wir müssen nächstes Jahr in eine verschärfte Aufgabenkritik und alles einsteigen. Aber in der Verwaltung findet die in Vorbereitung der Umsetzung dieses Haushaltes ab dem 01.01.2022 bereits statt, weil jetzt jedes Amt gucken muss, wie es mit den reduzierten Ansätzen und Budgets zurechtkommt.

Und der Gemeinderat hat aufgesattelt, einmal neun Stellen in 2022 plus drei Stellen in 2023. Davon sind insgesamt elf Stellen aus zwei Bereichen, wo es nachweislich eigentlich für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben, einmal Klimaschutz HGW, einmal Gartenbauamt, zu wenig Stellen gibt. Das heißt, der Gemeinderat hat auch nicht in einem Bereich, der jetzt völlig abseits unserer bisherigen Diskussion ist, aufgesattelt. Natürlich wird es auch hier weitergehen, denn diese fünf Stellen Gartenbauamt oder auch diese sechs Stellen HGW reichen nicht aus, um das alles zu bewältigen, was wir schon im Moment machen. Das heißt, hier müssen wir noch viel schneller an eine Aufgabenkritik, und zwar nicht, weil wir in Zukunft einsparen müssen, das müssen wir auch, sondern, weil schon die aktuelle Situation es erfordert.

Deswegen noch einmal, ich finde es auch schade, Frau Stadträtin Binder, dass Sie hier ein Bild unserer Stadt zeichnen, auch Frau Lorenz. Ich habe am Wochenende nicht diese verzweifelten Menschen zu Tausenden erlebt, die jetzt von lauter steigenden Ausgaben betroffen sind. Die haben auch alle in den letzten Jahren sehr viel steigende Löhne gehabt. Also, irgendwann müssen wir auch einmal ein Stück weit die Dinge anpassen und die steigenden Löhne wiederum führen bei uns dazu, dass die Personalkosten steigen, was alles völlig richtig ist. Nur, dann können wir nicht immer bei allen Abgaben und Ähnlichem es einfach immer so belassen, wie es ist. Ich finde es sehr wichtig, dass wir weiter versuchen, mitzugestalten. Wenn man bei der Mitgestaltung aber nicht ans Ziel kommt, dann finde ich, kann man am Ende aber so einen Haushalt nicht ablehnen, weil man nur ein bestimmtes Ziel nicht erreicht hat. Ich finde es wichtig, dass wir mitgestalten. Dann müssen wir am Ende aber auch mitverantworten. Und da noch einmal einfach mein Appell auch an die LINKEN., sich das noch einmal für die Zukunft zu überlegen. Wie gesagt, ich könnte jede Ihrer Behauptungen, Frau Stadträtin, mit Fakten aus unserer Sozialverwaltung widerlegen. Und wer so viel mitgestaltet hat, wie Ihre dreiköpfige Truppe in den letzten Jahren, ich kann mich an keine dreiköpfige Fraktion erinnern, die so viel mitgestaltet hat, der muss nach meinem Verständnis irgendwann dann auch in die Mitverantwortung gehen, auch für Dinge, die er selber nicht verantwortet hat. Das tun andere hier in diesem Haus mit dem, wie sie sich jetzt verhalten, finde ich, in einer ganz beachtenswerten Weise.

Ich habe weiter die Hände ausgestreckt, aber manche Beiträge heute machen es mir schwer, anzunehmen, dass es hier in Zukunft meine erste Anlaufstelle sein wird. In der Vergangenheit war das immer so, weil ich auch bei großen Fraktionen immer eine gewisse besondere Verant-

wortung sehe. Und wer hier die Bevölkerung und die Menschen zitiert oder skizziert, das, was wir jetzt hier erleben, ist die Abbildung des Kommunalwahlergebnisses von 2019, das ist noch nicht so lange her. Ein Stück weit könnte ich Ihnen das sogar in das Verhalten in der Abstimmung bei der OB-Wahl 2020 umlegen, das ist nämlich ziemlich identisch. Jeder muss zu dem stehen, für was er hier Politik macht und sich verantwortlich fühlt, aber die Argumentation, die Menschen da draußen sehen das anders und deswegen ist irgendwas richtig oder falsch, das finde ich, sollte nicht die Ebene der Auseinandersetzung hier sein. Das noch mal als Appell an uns alle.

Vielleicht noch eine Sache, die ich noch nachliefern wollte, was bedeutet die Anhebung der Grundsteuer. Wir haben das jetzt für drei Beispiele ausgerechnet. Wenn Sie eine 85 Quadratmeter Eigentumswohnung haben, Baujahr 1994, also etwas relativ Modernes, müssen Sie, wenn die Grundsteuer jetzt so erhöht wird, in einem Jahr 14 Euro mehr an Grundsteuer zahlen. Wenn Sie eine Sozialwohnung haben, Baujahr 1965, 75 Quadratmeter, müssen Sie 5 Euro mehr an Nebenkosten zahlen. Und wenn Sie eine Wohnung im Altbau haben, auch 65 Quadratmeter, müssen Sie 3 Euro mehr im Jahr an Nebenkosten zahlen. Das sind die Sprünge, die angeblich dazu führen, dass wir jetzt Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt oder Eigentümerinnen und Eigentümer überproportional belasten. Und wenn Sie jetzt noch die absoluten Zahlen sehen, dann werden Sie feststellen, dass das gilt, was ich auch letzten Mittwoch schon gesagt habe. Die Grundsteuer hat seit Jahrzehnten eigentlich nicht die Anpassung vorgenommen an die Entwicklung der Werte, die sie verkörpert, wie es eigentlich notwendig geworden wäre. Insofern glaube ich, gibt es auch an dieser Stelle keinen Grund, jetzt einen Untergang zu beschwören.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich will jetzt nicht noch draufsatteln. Ihr Parforceritt durch die Haushaltsdebatte, mit dem Sie Ihre Welt in diesem Gemeinderat noch einmal versuchen, auf einen Obersatz zu bringen, hätte vielen Ansatz. Und das, was Sie eigentlich angeblich nicht wollten, nämlich diesen Gemeinderat aufzuteilen in zwei Großgruppen, das haben Sie jetzt mit einer Bravour und mit einer Eloquenz unterstrichen, wie ich es mir gar nicht hätte vorstellen können. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass Sie auch in der Zukunft auf Fraktionen, die versuchen, und traditionell seit Jahrzehnten versuchen, diese Stadt auf gutem Weg und Gleisen zu halten, nicht mehr als Ihre Ansprechpartner zu benötigen brauchen.

Das ist aber gar nicht der Ansatz gewesen, warum ich mich gemeldet habe, denn Ihre eigentlichen Highlights kamen erst danach. Trotzdem möchte ich nicht vergessen, dass hier immer so getan wird, als ob meine Fraktion überhaupt keine Ansätze gebracht hätte, während die Verwaltung in ihrer Zeitnot genügend Ansätze umgesetzt haben soll. Wir können weder im letzten Haushalt noch in diesem Doppelhaushalt wirklich signalhafte Ansätze erkennen, wo Sie der ganzen Verwaltung vermittelt haben, mit welcher Art und Weise Sie Ihre künftige Herkulesaufgabe bewältigen können wollen. Das kann man an diesem Ergebnis in keiner Weise ablesen, auch wenn Sie es uns wiederholend sagen wollen. Jedenfalls, meine Fraktion hat versucht, zarte Ansätze zu führen. Die sind nicht mehrheitsfähig. Das müssen wir akzeptieren, haben wir heute gelernt, was Demokratie ist, der Herr Cramer hat es uns gesagt. Und von daher meine ich nur erinnernd, mit welcher Penetranz man sich einem Vorschlag widersetzt, bei der Volkswohnung etwas abzuschöpfen, was deren Handlungsfähigkeit in keiner Weise beeinflusst. Das ist unwidersprochen geblieben übrigens. Das wollen Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Selbst solche kleinen kosmetischen Veränderungen, die uns geholfen hätten, haben Sie abgelehnt. Ich könnte gleich noch viel nennen.

Wir haben auch natürlich nicht bezifferbare Vorschläge gemacht, die die Verwaltung hätte unterlegen müssen, Sie wissen, im Umweltbereich und in anderen Bereichen. Aber so zu tun, als ob wir völlig ausgefallen seien, das kann ich so nicht stehen lassen.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zum Beschluss dieser Satzung, der Ihnen vorliegt, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine Mehrheit, vielen Dank.

Damit traue ich mich, jetzt auch zum Regierungspräsidium zu gehen.

Wir unterbrechen die Sitzung um 20 Minuten, treffen uns um 17:30 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:10 bis 17:30 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. Januar 2022